

## ***Droht der „Große Krieg?“***

Erschienen in der FAZ vom 4.9.2014 unter „Fremde Federn“

Von Prof. Dr. Joachim Krause, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

Nach der Eskalation im Ukraine-Krieg fürchten viele, dass Europa ähnlich wie 1914 in einen Krieg abgleiten könnte. Wenn die NATO Waffen an Kiew liefere, so Michael Stürmer, oder die Ukraine in die Allianz aufnehme, würde das den „Großen Krieg“ auslösen. Tatsächlich ist ein „Großer Krieg“ zwischen Russland und der NATO derzeit unmöglich, es sei denn, Russland will einen selbstmörderischen Kernwaffenkrieg anfangen. Aussagen über die Wahrscheinlichkeit von „Großen Kriegen“ kann man nicht einfach anhand historischer Beispiele treffen. Man muss die vorhandenen militärischen Kräfte, deren Relation zueinander und deren reale Möglichkeiten bezogen auf Raum und Zeit in Betracht ziehen. Erst dann sind Aussagen dieser Tragweite möglich.

Der Unterschied zwischen 1914 und heute besteht darin, dass Europa damals eine hochgradig militarisierte Region war, während das gegenwärtige Europa kaum noch militarisiert ist. Im Jahr 1914 unterhielten das Deutsche Reich und Frankreich in Friedenszeiten Heere in der Größenordnung von 700.000 bis 800.000 Mann, die im Rahmen der Mobilmachung kurzfristig auf etwa zwei Millionen aufwachsen konnten. Diese Heere waren zu tiefen raumgreifenden Invasionen in der Lage. Strategische Verwundbarkeiten bzw. strategische Optionen beider Staaten waren entscheidend dafür, ob und wie ein Krieg ausbrach und wie er ablief. Solange beide ungefähr gleich stark waren, gab es eine Balance. Nachdem sich Russland als Verbündeter Frankreichs anschickte, eine strategische Angriffsoption gegen Deutschland durch den Eisenbahnbau in Polen aufzubauen, wurde diese Balance prekär. Im Sommer 1914 votierte daher der deutsche Generalstab für einen Präventivkrieg gegen Frankreich: Dies war der entscheidende Schritt zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Heute befindet sich Europa in einem Zustand der minimalen Militarisierung, der keine Ähnlichkeiten mit 1914 aufweist. Das gilt mit Einschränkungen auch für Russland, welches seine Streitkräfte modernisiert, aber auch verkleinert hat. Russland ist heute zu „hybriden“ und traditionellen Kriegsformen in der Lage, mit denen es Nachbarländer wie die Ukraine destabilisieren und schwache Nachbarstaaten (vor allem die baltischen Staaten) besetzen kann. Zu einer kontinentalen, raumgreifenden Offensive (also zum „Großen Krieg“) sind die russischen Streitkräfte nicht

fähig. Russland muss auch keine raumgreifende Offensive der NATO fürchten, weil es entsprechende Angriffskräfte in Europa nicht gibt.

Eher sind Vergleiche mit der Situation Ende der 30er Jahre angebracht. Europa zur Mitte der 30er Jahre war gemäßigt militarisiert. Dieser Zustand änderte sich aber von Jahr zu Jahr mit der Rüstungspolitik Hitlers, der den „Großen Krieg“ zur Unterwerfung ganz Europas wollte. Entscheidend für Krieg oder Frieden war, ob Frankreich und Großbritannien in der Lage waren, auf diese Rüstungsanstrengungen angemessen zu reagieren und ob sie bereit waren militärische Risiken einzugehen. Sie taten weder das eine noch das andere. Vielmehr versuchten beide, Deutschland mit einer Beschwichtigungspolitik in die „internationale Staatengemeinschaft“ zurück zu holen. Die Folgen sind bekannt.

Putin geht es heute nur um die Wiederherstellung des sowjetischen Imperiums. Aber die Fehler der 30er Jahre werden wiederholt: westliche Politiker wirken wie gelähmt angesichts der Aussicht, durch ihr Handeln zur „Eskalation“ beizutragen. Das führt zu einer Beschwichtigungspolitik, die keinen Frieden schafft, sondern die die Risikobereitschaft Russlands steigert und die Kriegsgefahr erhöht. Nicht der „Große Krieg“ ist die Gefahr, sondern der begrenzte Krieg, in dessen Verlauf Russland die baltischen Staaten schneller erobert als die Allianz reagieren kann. Den Verlust der baltischen Staaten würde die Allianz als politische und militärische Institution nicht überleben. Es käme zu einem großen Re-Arrangement der europäischen Politik. Das Fundament der kooperativen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wäre zerstört.

Die derzeitige westliche Politik, die sich auf ökonomische Sanktionen beschränkt, verschlimmert diese Situation noch, denn sie erzeugt auf russischer Seite Sachzwänge zu raschem Handeln (d.h. weitere Fakten zu schaffen, ehe die Sanktionen greifen). Besser wäre eine Politik, die auf Eskalationsdominanz zielt und dabei auch realistische militärische Maßnahmen nicht ausschließt. Dazu können Waffenlieferungen an die Ukraine ebenso gehören wie amerikanische Luftunterstützung für die Ukraine im Kampf gegen irreguläre Truppen – eine Option, die Putin fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Solange Präsident Obama – im Gegensatz zum Mittleren Osten – kategorisch militärische Optionen ausschließt (und darin von deutschen Politikern eifrig unterstützt wird), bleibt der Westen gelähmt und überlässt das Handeln Putin.